



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 3. Juni 2019**,
in der Welser Stadthalle stattgefunden

33. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.15 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 32. Sitzung des Gemeinderates vom 29.04.2019 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 24.05.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend erhöhte Transparenz durch online-Veröffentlichungen
Verf-015-I-9-2019

GR. Mag. Teubl: Wie möglicherweise auch die Vorsitzenden der anderen Fraktionen habe ich vor nunmehr exakt 12 Tagen den Rechnungsabschluss 2018 ausgehändigt bekommen. Dieses Zahlenwerk umfasst zwei Bände mit insgesamt 1.582 Seiten. Wie man sich leicht vorstellen kann, ist in diesem kurzen Zeitraum eine gründliche Beschäftigung mit diesem umfangreichen Zahlenwerk kaum möglich, hat doch jeder von uns noch einen Brotberuf und ist obendrein mit dem Aufbau dieses Konvoluts nicht so vertraut, dass man einzelne Informationen daraus leicht finden würde.

Für Bürger unserer Stadt, die ein Woche lang die Möglichkeit haben Einsicht zu nehmen, ist dies wohl noch viel schwieriger und so verwundert es mich eigentlich auch gar nicht, dass im heurigen Jahr nur zwei Personen diesen Versuch unternommen haben. Die Conclusio ist, etwas einfacher wäre es wohl, wenn auch der Entwurf des Rechnungsabschlusses, also bereits vor der Beschlussfassung, die wir heute vornehmen werden, im Internet digital verfügbar wäre. Erstens könnte man ohne Probleme darauf zugreifen, und zwar jeder Mann und jede Frau in unserer Stadt, und zweitens wäre damit die Möglichkeit gegeben mit Hilfe eines Suchbegriffs einzelne Posten leichter aufzufinden ohne die genaue Struktur des Rechnungsabschlusses zu kennen. Da meines Wissens keine rechtlichen Bedenken einer solchen Veröffentlichung entgegenstehen, sollte nach Meinung der GRÜNEN-Fraktion im Sinne einer erhöhten Transparenz eine umfassendere Möglichkeit für Bürger sich über die beabsichtigten Beschlüsse zu informieren bestehen und von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht werden.

Dasselbe gilt nach unserer Auffassung auch für das Budget, welches uns ja im Herbst wieder bevorsteht. Deshalb heißt es in unserem Antrag Rechnungsabschlüsse und Voranschläge müssen möglichst sofort nach Beratung im Stadtsenat und im Finanz- und Präsidialausschuss, jedenfalls ab Beginn der gesetzlichen Auflagefrist auch online zur Verfügung stehen.

Aber auch nach Beschlussfassung ist es nicht ganz so einfach diese Informationen auf der Homepage der Stadt Wels zu finden. Wenn man vermuten würde, dass diese vielleicht unter Politik oder eventuell unter Magistrat abgelegt sind, dann irrt man sich. Interessanterweise findet man sie unter Lebensbereiche. Ich weiß nicht für wen in unserer Bevölkerung das Budget der Stadt Wels zum unmittelbaren Lebensbereich gehört, aber auf jeden Fall ist es dort abgelegt, und zwar dann doch unter der Untergliederung Verwaltung und Service, Wels in Zahlen. Das muss man einmal gefunden haben, meine Damen und Herren. Also auch hier gibt es meines Erachtens Verbesserungsbedarf im Sinne der Transparenz.

Will man sich gar die von der Stadt Wels gewährten Subventionen anschauen, ist es noch schlimmer. Wieder einmal muss man sich durcharbeiten bis man zu Wels in Zahlen kommt und dann hat man einen externen link zur Webseite Offener Haushalt und dort gelangt man schließlich zum sogenannten Subventionschecker. Aber da muss man schon sehr findig gewesen sein, wenn man dorthin gelangt ist. Wir wollen daher, dass auch der jährliche Subventionsbericht online veröffentlicht wird und so die Informationen über die Subventionsmittel besser verfügbar werden und auch diese Angelegenheit transparenter wird.

Schließlich fordern wir das auch noch für den Beteiligungsbericht, also die Informationen über die Geschäftsgebarung jener Unternehmungen, an denen die Stadt Wels maßgeblich beteiligt ist, die ja angeblich auch alljährlich dem Gemeinderat vorzulegen sind. Übrigens an dieser Stelle die Frage, wann bekommen wir wieder einen solchen Beteiligungsbericht? Meiner Erinnerung nach liegt es bereits Jahre zurück einen solchen in Händen gehalten zu haben.

Mehr Transparenz der Stadtfinanzen ist das Motto unseres Antrages aus gegebenem Anlass, da heute der Rechnungsabschluss 2018 auf der Tagesordnung steht. Ich hoffe, dass dieser Antrag auf allgemeine Zustimmung stoßen wird, ist es doch unserer Auffassung nach das Recht unserer Bürger und vor allem auch deren gewählten Vertreter, nämlich uns allen hier im Gemeinderat, umfassend darüber informiert zu werden wie die Steuergelder ausgegeben werden. Ich ersuche sie daher um Beschlussfassung dieses Antrages.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, wie wir bereits besprochen haben, gibt es einen Subventionsbericht schon länger nicht, weil es im Sinne der Transparenz den Subventionschecker gibt und jede einzelne Subvention daraus zu entnehmen ist. Aufgrund der Anregung einer leichteren Auffindbarkeit des Subventionscheckers auf der Homepage der Stadt Wels, führte ich ein Gespräch mit dem Herrn Magistratsdirektor und ersuchte ihn, er möge in der Öffentlichkeitsarbeit veranlassen diesen leichter auffindbar zu machen als bisher.

Was den Beteiligungsbericht betrifft muss darauf verwiesen werden, dass derartige Berichte durchaus Geschäftsgeheimnisse beinhalten und diese nicht für die Öffentlichkeit gedacht sind. Ich respektiere diese Geschäftsgeheimnisse der einzelnen Beteiligungsunternehmen. Eine Verteilung an die Mitglieder des Gemeinderates findet deswegen statt, da diese als Eigentümerversreter und als höchstes Organ des Eigentümers natürlich der Amtsverschwiegenheit und der Geheimhaltung verpflichtet sind. Eine Veröffentlichung darüber hinaus halte ich für nicht zweckmäßig und zielführend. Das hätte zur Folge, dass Beteiligungsunternehmen sich massiv über derartige Veröffentlichungen beschweren würden und wir damit einen Schaden unseren Beteiligungsunternehmen zufügen würden, was aus meiner Sicht nicht zielführend ist.

Was die Rechnungsabschlüsse und Voranschläge betrifft, die im Entwurf veröffentlicht werden sollen, kann uns dazu Dr. Csar etwas sagen, weil eine derartige Regelung derzeit im Landtag verhandelt wird und er dazu berufen ist uns entsprechende Informationen weiterzugeben, wie weit diese Angelegenheit auch im Gesetzesentwurf für die VRV Neu enthalten ist.

GR. Dr. Csar: Die ÖVP-Fraktion tritt für möglichst große Transparenz ein, schließlich verwalten wir als Gemeinderäte, als Stadt Gelder der Bürger. Daher sind wir dem Bürger verantwortlich und müssen ihm Rechenschaft über den Verbrauch der Gelder abgeben. Wichtig ist auch ein verständlicher Bericht, damit dieser gelesen wird. Der vorliegende Rechnungsabschluss hat mit Beilagen über 2.000 Seiten und wiegt über 5 kg. Man kann dieses Konvolut in das Internet stellen, aber muss dabei aufpassen damit nicht eine „Überinformation“ zu geben und dadurch die Transparenz verloren geht. Wichtig ist Informationen zielorientiert und pointiert zu transportieren und damit so ein schwieriges Papier auch für den Bürger lesbar zu machen.

Nach Beschluss des Rechnungsabschlusses wird dieser veröffentlicht. Die Frage ist, ob man wirklich einen noch nicht beschlossenen Rechnungsabschluss transparent machen sollte? Nicht, dass dadurch mehr verunsichert wird, weil dann zwei Berichte (der nicht beschlossene und der beschlossene) im Internet stehen und die Bürger vergleichen müssten was sich geändert hat. Bei 2.000 Seiten ist das natürlich mit einem großen Aufwand verbunden.

Im Landtag wird darüber diskutiert und überlegt, wie man diese Geldflüsse transparenter machen könnte. Man möchte eine vernünftige Lösung finden. Für uns ist es wichtig darüber nachzudenken, welche zusätzlichen Informationen - wenn notwendig - erarbeitet und zusammengestellt werden könnten in einem leicht lesbaren Bericht eines Rechnungsabschlusses. Daher ersuche ich uns nochmals damit auseinanderzusetzen und stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Finanz- und Präsidualausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Dr. Csar auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 1) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den Finanz- und Präsidualausschuss wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Verleihung von Ehrenzeichen der Stadt Wels festgesetzt wird (Ehrenzeichenstatut der Stadt Wels 2019)
BdB-325-01-14-2018

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 16.05.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge das beigefügte „Ehrenzeichenstatut der Stadt Wels 2019“ beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse (GOGR) abgeändert wird (12. Novelle der GOGR)
Verf-015-W-1-2019

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 16.05.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 12. Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse (12. Novelle der GOGR) beschließen.

GR. KR. Schönberger: Die SPÖ-Fraktion ist grundsätzlich mit diesem Antrag einverstanden. Es macht durchaus Sinn, wenn Initiativanträge mit Ende der Funktionsperiode als erledigt gelten. Wünschenswert wäre für die Welser Bevölkerung, diese auch sichtbar zu machen. D.h. was passiert mit den Initiativanträgen bzw. können diese nachgelesen werden. Initiativanträge sollten auf der Welser Homepage dargestellt werden. Ich denke, das dürfte relativ einfach umsetzbar sein.

GR. Dr. Csar: Auch die ÖVP-Fraktion wird dieser Novelle zustimmen. Darauf hinweisen möchte ich, dass in der Landtagsgeschäftsordnung ebenfalls eine ähnliche Bestimmung Bestand hat, die besagt, dass die Initiativ- und Dringlichkeitsanträge am Ende einer Funktionsperiode als erledigt gelten. Die Berichte des Landesrechnungshofes, des Bundesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft gelten jedoch als nicht erledigt. Sie werden in die nächste Periode hinübergetragen. Es müsste geprüft werden, ob das auf Gemeindeebene auch möglich ist. Diese Bestimmung gilt seit eineinhalb Jahren. Länger gilt, dass Bürgerinitiativen weiterhin

Bestand haben und diese in der nächsten Periode zu erledigen sind, weil es großer Bemühungen der Bürger bedarf diese einzubringen bzw. die Unterschriften dafür zu sammeln. Daher ist diese Bestimmung im Landtag vorgesehen. Vielleicht könnte man später überlegen, ob eine solche Bestimmung nicht auch in Wels eingeführt werden sollte.

GR. Hufnagl: Wir NEOS befürworten auch diese Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Bei Beendigung von Untersuchungsausschüssen auf Bundesebene ist das vielleicht nicht ganz so sinnvoll, aber auf Gemeindeebene macht das auf jeden Fall Sinn.

Es wäre durchaus gescheit dieses Trackingsystem so umzubauen, dass die Fraktionen über den Zustand der Anträge informiert werden können, d.h. z.B. ein monatliches E-Mail mit den offenen Anträgen und deren Status. Das wäre vielleicht ganz praktisch.

Dass diese Anträge auch öffentlich sein sollen, stimme ich zu. Es gibt Menschen, die daran interessiert sind wie es mit diesen eingebrachten Anträgen, die in Ausschüsse verwiesen werden, weitergeht. Sie sollten sich zumindest darüber informieren können was mit diesen geschehen ist bzw. ob es irgendwelche Ergebnisse dazu gibt.

GR. Mag. Teubl: Die GRÜNE-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen, wenn auch mit ein bisschen Bauchweh. Denn im Endeffekt heißt das natürlich, dass man ein halbes Jahr vor einer Neuwahl Anträge vergessen kann, denn indem sie in einen Ausschuss verwiesen und dort liegen gelassen werden, haben sie ein Begräbnis erster Klasse bekommen – sie gelten als erledigt. Natürlich kann man nicht die Funktionsträger der neuen Periode auf Beschlüsse der alten Periode verpflichten, deshalb ein Ja zu diesem Antrag.

Initiativanträge sollten grundsätzlich veröffentlicht werden. Wenn es nicht die Parteien selbst machen, ist ein solcher Antrag in seinem Wortlaut und in seiner Begründung für die Öffentlichkeit nicht einsehbar. Das wäre eine Anregung, der man vielleicht Folge leisten könnte.

GR. Ganzert: Eine Anregung an den gesamten Stadtsenat - in diesem Sinne auch an die Ausschussvorsitzenden - mit diesen Anträgen behutsam umzugehen. Man hat oft das Gefühl, dass jeder Ausschuss-Vorsitzende bei der Erledigung der Anträge seinen eigenen Stil hat, ob diese jetzt diskutiert werden, wieviel Engagement man in diese setzt. Ein Beispiel: Wird ein Antrag einem Ausschuss zugewiesen kann es passieren, dass er für die Sitzung nicht auf der Tagesordnung steht, jedoch andiskutiert und mit einer FPÖ-Mehrheit abgehandelt wird. Eine Verbesserung der Qualität würde mich sehr freuen. Die Veröffentlichung der Daten intern als auch extern wäre wünschenswert.

Es könnte beispielsweise das Trackingsystem verbessert werden im Sinne einer Ampelregelung, damit ich weiß wie ist der Status des Antrages, liege ich noch innerhalb der sechsmonatigen Frist. Man könnte das mit dem Fraktionsobmänner-Jour Fixe aussenden. Natürlich könnte den Welsern Gelegenheit gegeben werden die aktuellen Anträge und deren Status abzufragen. Ein Appell an die Ausschuss-

Vorsitzenden zu versuchen die sechsmonatige Frist einzuhalten und die Qualität bzw. das Niveau anzupassen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die signalisierte Zustimmung. Ein paar Anregungen werden wir sicher aufgreifen, wie die Veröffentlichung des Trackingsystems. Das ist aus meiner Sicht möglich, es spricht nichts dagegen.

Zu den Worten von Mag. Teubl, dass diese Anträge ein Begräbnis erster Klasse bekommen, ist im Befund richtig. Allerdings war es bisher so, dass zahlreiche Anträge in den Ausschüssen im Wach-Koma gelegen sind. Es ist mir lieber irgendwann mal einen Schlusstrich zu ziehen. Wenn die Angelegenheit für eine im Gemeinderat vertretene Fraktion wirklich so wichtig ist, dann muss halt diesbezüglich ein neuer Antrag eingebracht werden, um diesem politisch einen entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Richtig ist lieber Stefan, dass man die Behandlung der Gegenstände, die in die Ausschüsse kommen, unterschiedlich gestalten kann. Die Geschäftsordnung sieht dafür nichts Konkretes vor. Eine Abstimmung dazu ist jedenfalls nicht erforderlich, eine Diskussion schon. Oft reicht es gerade bei den Anträgen, die oft fünf, sechs Jahre in den Ausschüssen lagen, wo sich die politische Landschaft komplett änderte und auch die Umstände, die zu diesem Antrag führten, dass man diese als erledigt abhakt, damit der Formalakt tatsächlich gesetzt worden ist – um das entsprechend klar zu legen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

4.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2018
FD-Buch-15-2018 miterledigt:
FD-Fin-101-2018

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.5.2019:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2018 wird genehmigt.

GR. Prähofer: Zuerst auch von Seiten der ÖVP-Fraktion einen herzlichen Dank an Herrn Finanzdirektor Dr. Barth und seinen Mitarbeitern in der Finanzdirektion. Das Ergebnis 2018 ist eine sehr solide und effiziente Leistung, die vielleicht Beispiel gebend für viele andere Gemeinden in Oberösterreich sein könnte.

Bei näherer Betrachtung erkennt man woher die Mehreinnahmen in unserer Gemeinde kommen. Das sind die gestiegenen Kommunalsteuereinnahmen - eine Leistung aller Welser Unternehmer und ihrer Mitarbeiter. Weiters resultieren die Mehreinnahmen an den gestiegenen Bundesertragsanteilen, die 5,2 % ausmachen.

Dieses Ergebnis ist in diesem Maße möglich, weil es bei den Personalkosten keine Erhöhung gab. Das resultiert daraus, dass die Nachbesetzungen teilweise verzögert stattfinden und wir – wie auch im wirtschaftlichen Bereich – momentan nur sehr schwer Personal finden. Wenn wirklich plangemäß nachbesetzt werden würde, würde das bis zu 5 Mio. Euro Mehrkosten für die Stadt bedeuten.

Es gab 2018 keine ganz großen Investitionen bei den baulichen Maßnahmen, sieht man vom Erwerb der Turnhalle und der Schule Pernau oder dem Neubau des Hauses Hans-Sachs-Straße mit gut 2 Mio. bzw. knapp 3 Mio. Euro ab.

Eine andere interessante Zahl ist die Gegenüberstellung der Rückzahlungen, die mit ca. 3 Mio. Euro zu beziffern ist, versus der Neuverschuldung durch Finanzierungen, die bei etwa 3,8 Mio Euro liegt.

Wir wissen der Wunschkatalog hat natürlich sehr viele Seiten, aber die Möglichkeiten sind begrenzt. Für die Zukunft ist es eine große Herausforderung zukunftssträchtige Projekte für Wels zu initiieren, umzusetzen und dabei trotzdem immer das Budget im Auge zu behalten.

GR. Hufnagl: Lt. § 56 Statut der Stadt Wels ist der Rechnungsabschluss dem Gemeinderat weiterzuleiten. Dieser prüft und genehmigt den Rechnungsabschluss. Genau das machen wir heute. Als Mitglied des Gemeinderates ist es meine Aufgabe diese Daten zu sichten, zu prüfen und gegebenenfalls Beanstandungen festzuhalten und heute darzulegen. Das ist eine der Aufgaben, für die ich gewählt wurde, für die wir alle gewählt wurden. Besonders für die Opposition ist es eine wichtige Rolle als Kontrolle zu fungieren. Was brauchen wir um einer Kontrollfunktion gerecht zu werden? Das sind die Unterlagen, die Daten und nicht wenig Zeit um zu prüfen. Es müssen auswertbare Unterlagen sein und das Recht unter Umständen in irgendwelche Detaildaten Einsicht zu nehmen. In diese Richtung sehe ich noch etwas Verbesserungspotential. Kollege Mag. Teubl erwähnte es bereits, er hat die Broschüre über den Rechnungsabschluss zwölf Tage vor der heutigen Sitzung erhalten, ich habe diese erst letzte Woche, Mittwoch, erhalten.

Am 16.5.2019 fand der Finanz- und Präsidentalausschuss statt, in dem FD Dr. Barth anhand einer Power-Point-Präsentation den Rechnungsabschluss genau erklärte. Aber dennoch - diesen Detailbericht bekommt man leider sehr kurzfristig vor der heutigen Sitzung.

Noch mehr stört mich, dass der Rechnungsabschluss in Papierform geliefert wird. Es sind schöne weiße, blaue, gelbe, grüne Zettel in pinken Umschlägen. Es wäre toll den Rechnungsabschluss in einer pdf-Datei zu erhalten, dann könnte man mit einem Begriff darin suchen. Das wäre schon ein Fortschritt. Noch mehr Fortschritt wäre es, die Zahlen in einer Excel-Datei zu erhalten. Interessanterweise kann man diese Daten vom „offenen Haushalt.at“ herunterladen als Excel-Datei, warum nicht vorher? Warum bekommt man die Daten nicht vorher intern zugestellt? Man würde sich vieles ersparen und es wäre um ein Vielfaches einfacher.

Wie gesagt, ich hatte wenige Tage Zeit um diese 2.200 Seiten durchzusehen und finde es schade diesen Rechnungsabschluss zu „verstecken“. Eigentlich müsste dieser nicht versteckt werden, weil er auch für mich ein sehr positives Ergebnis darlegt.

Die öffentliche Sparquote stieg auf 7,8 %, die Verschuldungsdauer fiel auf 1,7 Jahre und besonders erfreulich ist, dass die freie Finanzspitze auf 6 % stieg. Diese Kennzahl ist mir besonders wichtig, weil sie im Prinzip aussagt, wie viele Investitionen man eigentlich selbst finanzieren kann, d.h. wie hoch der finanzielle Spielraum für Investitionen in der Stadt ist und wieviel Geld dafür im außerordentlichen Haushalt zur Verfügung steht.

Warum ist dieser Rechnungsabschluss so gut? Es sind zwei Dinge, und zwar die Einnahmensteigerungen (die Ertragsanteile) und die eigenen Steuern. Die Kommunalsteuer spülte 6 Mio. Euro mehr in die Stadtkasse – das ist besonders erfreulich. Ein Dankeschön an die Welser Unternehmer und deren Mitarbeiter, welche dieses gute Ergebnis erwirtschafteten. Besonders positiv ist, dass die Einnahmensteigerung um 1,7 % höher ist als die Inflation. Hier geht eine Schere im positiven Sinn auseinander.

Ausgabenseitig gibt es einige positive Dinge anzumerken, wie die Personalkosten. Hier sieht man, dass die Kostendämpfungsverfahren Auswirkungen zeigen. Die Personalkosten liegen jetzt bei 70 Mio. Euro und stiegen in den letzten drei/vier Jahren kaum. Die Personalausgabenquote fiel dahingehend um 1 %. Also im Verhältnis Personalausgaben zu den Gesamteinnahmen sind wir besser geworden.

Ich könnte einzelne Kostenpositionen herausnehmen – keine Angst, ich mache es nicht! Eine Sache fiel mir bei Durchsicht des Rechnungsabschlusses auf und störte mich, und zwar geht es um den Umweltschutz. Ich stellte fest, dass die Stadt Wels im letzten Jahr 50.000 Euro für Umweltschutzmaßnahmen ausgab. Das finde ich sehr, sehr wenig und sehr erbärmlich. Das sind 0,02 % der Gesamtausgaben. In Zeiten, wo Menschen für den Klimaschutz auf die Straße gehen und Forderungen erheben mehr für den Umweltschutz zu tun, etwas gegen die Klimaerwärmung zu tun, würde es auch der Stadt Wels zustehen etwas mehr in den Umweltschutz zu investieren. Es sind die Prioritäten nicht richtig gesetzt, wenn man schaut z.B., dass für die Ordnungswache mehr als das Zehnfache als für Umweltschutz ausgegeben wird. Ich denke zurück an gewisse Anträge im letzten Jahr – Stichwort Klimaschutzleitzentrale. Es ging um den Projektleiter, den man brauchen würde, um unsere im Gemeinderat selbst gesetzten Ziele zum Klimaschutz und zum Thema Erderwärmung zu erreichen. Das wurde damals leider nicht beschlossen – hier könnte man mehr tun.

Eine Idee zum Abschluss wie man die Kosten im Kopierservice etwas verringern könnte: Wie gesagt, das Budget und die Rechnungsabschlüsse nicht ausdrucken sondern elektronisch versenden, dann würden wir uns Ausgaben ersparen und der Umwelt täte es auch gut.

Ein herzliches Dankeschön an FD Dr. Barth und seinen Kollegen in der Finanzdirektion. Ebenso den Mitarbeitern des Stadtrechnungshofes, die einen sehr guten und übersichtlichen Prüfbericht zum Rechnungsabschluss erstellten. Wir werden natürlich dem Rechnungsabschluss zustimmen.

GR. Ganzert: Ich darf den Dank der SPÖ-Fraktion an die Mitarbeiter der Finanzdirektion weitergeben, ebenso an die Mitarbeiter des Hauses, die tagtäglich im Sinne der Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit als Mittelbewirtschafter arbeiten. Natürlich auch ein Dank an den Stadtrechnungshof.

Es ist schwierig auch für jemanden, der sich schon länger damit auseinandersetzt, mit diesem Konvolut an Zahlen sich vertraut zu machen. Deshalb gibt sehr viel Sicherheit der Prüfbericht des Stadtrechnungshofes, aus dem man ableiten kann, dass ordentliche Arbeit geleistet wird.

Schade finde ich den heutigen Entfall der Präsentation, diese gab es im Finanz- und Präsidialausschuss. Sie war sehr aufschlussreich. Deshalb fragten wir, ob wir sie nicht auch für die Fraktion bekommen könnten. Wahrscheinlich hätte ich meinen Fraktionskollegen sagen müssen sie sollen heute zur Pressekonferenz gehen, damit sie diese beeindruckende Präsentation sehen können. Vielleicht wird sich das in Zukunft wieder ändern. Die Zahlen und Diagramme wären auch für die Zuseher des Gemeinderates interessant gewesen.

Aus dem Rechnungsabschluss leitet sich ab, wir haben eine sehr gute Konjunktur, eine sehr gute Entwicklung. Es ist klar, dass die ÖVP-Fraktion die Unternehmer hervorhebt. Es ist richtig, die Kommunalsteuer ist gestiegen. Aber die größte Einnahmenquelle der Stadt Wels sind die Ertragsanteile des Bundes. Diese berechnen sich aus den Verbrauchersteuern, wie der Umsatzsteuer, der Grundsteuer, aber auch aus guten Lohnabschlüssen in der Stadt Wels.

Es wird immer von einem hohen Überschuss gesprochen. Ich fände es schön, wenn wir jetzt bei einer Hauptversammlung wären, wo der Vorstand den Gewinn, die Dividende verkündet und die Aktionäre, sprich die Einwohner, holen sich ihren Anteil wieder zurück. 16 Mio. Euro sind jetzt nicht der Jackpot, das muss man sich finanzbuchhalterisch anders vorstellen. Nichtsdestotrotz sagte der Herr Bürgermeister wird sind schuldenfrei. Das klingt sehr schön. Das ist verfolgungs- und vertretungswert. Wir wissen aber, dass wir alleine im laufenden Budget bzw. bis 2021 gezwungen sind zu bedecken – auch mit Fremdmitteln. Wir müssen uns eines vor Augen halten, die Anteile aus dem Verkauf der Anteile der Allgemeinen Sparkasse, die rund 72 Mio. Euro betragen, sind zur Gänze weg. Sie wurden verbraucht.

Bgm. Dr. Rabl sagte im Ausschuss ganz richtig, wenn wir so weiter machen wollen, gehen uns schön langsam die Dinge aus, die wir verkaufen könnten. Soll es die Bestattung sein, die eww ag, die Welser Messe? Klarerweise ein Nein, das will hoffentlich niemand im Gemeinderat. Dann muss sich aber an der Finanz- und Budgetpolitik etwas ändern.

Der Vergleich mit Linz ist ein bisschen abenteuerlich. Wir hatten bereits den Vergleich mit der Kriminalstatistik. Den Vergleich, den ich gerne unterschreibe und der auch richtig ist, ist, dass die umsichtige Finanzpolitik in einem großen Teil weitergeschrieben wird. Es handelt sich hier um eine allgemeine Fortschreibung der vergangenen Budgets.

Ich hoffe der Herr Bürgermeister unterstützt uns weiterhin. Die SPÖ-Fraktion fordert schon lange die Abschaffung der Landesumlage, die uns sehr viele Millionen Euro

kostet. Wir stellten bereits einen Initiativantrag - eine Resolution zur Änderung der Ertragsanteile. Die Stadt Wels und andere Städte und Gemeinden sollen einen fairen Anteil für die öffentliche Daseinsvorsorge erhalten.

Die Personalkosten stagnieren, es gab nur eine leichte Steigerung. Unter den Städten kann man die Personalkosten nicht vergleichen, weil jeder etwas anderes miteinrechnet. Die Stadt Wels ist in meinen Augen sehr ehrlich, weil von den Mitarbeitern der Kommunalen Dienste, von den Seniorenheimen, von den Mobilen Diensten, von den Kindergärten usw. auch die tatsächlichen Kosten aufliegen. Allerdings merkt man an den stagnierenden Personalkosten, dass es mit der Mitarbeiteranzahl nicht nach oben geht. Sie wissen von der SPÖ-Forderung nach einer zweiten Pädagogin in den Kindergärten und Krabbelstuben. Ebenso von den Anfragen und Anregungen für das Alten- und Pflegeheim. Viele Personen sind dort untergebracht und werden gepflegt. Speziell für den Nachtdienst würde man sich mehr Personal wünschen. Das würde sich natürlich in den Personalkosten widerspiegeln.

Wir sind beim Rechnungsabschluss am Ende eines Budgets. Deswegen nur eine kleine Vorschau auf das kommende Budget 2020/2021, je nachdem ob der Gemeinderat ein Doppelbudget beschließt. Wichtig ist, dass es uns im kommenden Budget gelingen wird unsere großen Projekte, wie Bildung, Kinderbetreuung, Verkehr, Infrastruktur, durchzusetzen. Auch 2020 wäre ich gerne an dieser Stelle und hätte ein positives Resümee gezogen.

GR. Schäfer, BSc: Wie meinen Vorrednern auch war es mir eine Freude den Rechnungsabschluss 2018 zu lesen. Im ordentlichen Haushalt stehen rund 225,4 Mio. Euro Ausgaben 227,3 Mio. Euro Einnahmen gegenüber. Das ist ein Überschuss von 1,9 Mio. Euro. Auf den ersten Moment hört es sich vielleicht etwas wenig an, aber um diesen Rechnungsabschluss 2018 beurteilen zu können, muss man drei Größen heranziehen. Nämlich den Saldo aus der laufenden Gebarung – das ist quasi das Tagesgeschäft, hier ist ein unglaublicher Überschuss von 15,97 Mio. Euro ausgewiesen. Der zweite Saldo ist der Saldo aus der Vermögensgebarung – das sind alle Veräußerungen, Erwerbe von Grundstücken, beweglichen Vermögen usw. – hier gibt es ein Minus von 4,2 Mio. Euro. Das resultiert vor allem von den 10 Mio. Euro, mit denen Grundstücke angeschafft wurden. Der dritte Saldo ist der Saldo aus Finanztransaktionen – hier geht es u.a. um die Zuführung und Entnahme von Rücklagen -, das zeigt ein Minus von 11,6 Mio. Euro. Warum? Weil mehr als 24 Mio. Euro an Rücklagen zugeführt wurden.

Kollege Ganzert sprach es bereits an, die Vergleichbarkeit ist immer so ein Thema. Um diesen Rechnungsabschluss international vergleichbar zu machen, müssen wir das dementsprechende Instrument hernehmen, nämlich das Maastricht-Ergebnis. Dieses ist im Rechnungsabschluss ebenfalls enthalten und ergibt ein Plus von rund 12,47 Mio. Euro. Das ist wirklich ein großartiges Ergebnis. Im Jahr 2015 war das Ergebnis noch ein Minus von 6,9 Mio. Euro. Vor 2015 gab es noch nie ein positives Ergebnis.

Nun noch ein paar wenige Kennzahlen: Öffentliche Sparquote 7,8 % - Vergleich 2015: 4,4 %. Quote der freien Finanzspitze 6 % - Vergleich 2015: 2,2 %, Personalausgabenquote 31,8 % - Vergleich 2015: 34,2 %. Das sind nur ein paar wenige ausgewählte Kennzahlen, damit man aufzeigen kann, wie gut der

Finanzreferent gearbeitet hat. Der Rechnungsabschluss 2018 zeigt, dass dem Herrn Bürgermeister die Generationengerechtigkeit am Herzen liegt. Denn es kann nicht sein, dass künftige Generationen mit Schuldenbergen arbeiten müssen, die von der jetzigen Politikergeneration angehäuft wurden. Dazu noch eine Kennzahl: Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt momentan bei 434 Euro pro Einwohner, Vergleich 2015: 1.160 Euro pro Einwohner. Die Verschuldungsdauer liegt bei 1,7 Jahren, wobei man auch hier sagen muss, dass ein Fremdkapital sicher nichts Schlechtes ist. In der Privatwirtschaft gibt es „die goldene Finanzierungsregel“ – langfristiges Anlagevermögen darf ruhig langfristig finanziert werden. Das sollte auch für die Stadt Wels gelten, nur in einer gesunden Art und Weise. Schaut man sich die Schuldenquote an, dann haben wir diese gesunde Art und Weise erreicht.

Als einer der jüngsten Mandatare des Gemeinderates bedanke ich mich auch im Namen der nächsten Generation an Welsern, denn auch sie haben es verdient eine Stadt Wels zu übernehmen, die genauso leistungsfähig ist, wie sie sich jetzt zeigt.

GR. Mag. Teubl: Der heute zur Diskussion stehende Rechnungsabschluss 2018 weist auf den ersten Blick hervorragende Daten auf. 16 Mio. Euro Einnahmen-Überschuss aus der laufenden Gebarung und eine freie Finanzspitze von 6 % sind ungewohnt gute Zahlen. Das ist gut so und ich stehe nicht an dieses Ergebnis auch aus budgetpolitischer Sicht entsprechend zu würdigen.

Die Frage ist natürlich worauf sich dieses Ergebnis gründet? Sind es etwa die Personalausgaben, von denen jetzt schon so viel gesprochen wurde? Wurde dort so viel gespart? Schließlich war das die Begründung für die umfassende Magistratsreform, die wir gerade miterlebten. Doch siehe da, die Personalausgaben sind zwar nicht exorbitant gewachsen, aber auch nicht weniger geworden. D.h. sie weisen nach wie vor eine moderate Steigung auf. Das legt den Verdacht nahe, dass die Magistratsreform doch in erster Linie dazu diente eine Umfärbung bei den Spitzenposten zu produzieren und weniger dem Heben eines Einsparungspotentials.

Generell kann man bei näherer Betrachtung nicht unbedingt von Einsparungen sprechen, haben doch die Ausgaben im ordentlichen Haushalt gegenüber dem Vorjahr um rund 7 Mio. Euro zugenommen. Das ist eine Steigerung von 3,2 %, was auch deutlich über der Inflationsrate von 2 % liegt, obwohl in sehr vielen Bereichen, in denen mehr Finanzmittel dringend benötigt worden sind, sehr restriktiv vorgegangen wurde. D.h. vom Sparen im System kann eigentlich nicht die Rede sein, eher von einem Sparen bei den Leistungen.

Ausgabensenkung gab es also keine. Wie kommt dann dieses gute Ergebnis zustande? Bei näherer Betrachtung kann man natürlich feststellen, dass dieses gute Ergebnis im Wesentlichen auf der derzeitigen Wirtschaftslage beruht. Die Konjunktur hat uns erhöhte Bundesertragsanteile beschert, also jenen Anteil an Bundessteuern, der der Stadt Wels zusteht – ein sattes Plus von 4,3 Mio. Euro und bei den eigenen Steuern und Abgaben nochmals 2 Mio. Euro. D.h. es ist einem Effekt zuzuschreiben, der alles andere als hausgemacht ist und der bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage natürlich auch wieder verloren gehen wird.

Doch schauen wir uns nun den außerordentlichen Haushalt an, den Bereich, in dem die Investitionstätigkeit abgebildet ist. Investiert wurde einiges – in den Straßenbau, in

Alten- und Pflegeheime, in Parkanlagen und endlich auch in den Jugendtreff Noitzmühle. Investitionen wurden, wie schon in den letzten Jahren, im Wesentlichen dadurch finanziert, dass Rücklagen aus dem Verkauf der Anteile an der Allgemeinen Sparkasse aufgelöst wurden. Erinnern wir uns kurz zurück: 2016 nahm die Stadt Wels aus diesem Verkauf 72 Mio. Euro ein. Damals wurde aber nur – was wir kritisierten – etwa die Hälfte in die Schuldentrückzahlung gesteckt, sodass der Rest inzwischen anderweitig verbraucht werden kann. Dieser Rest wurde seither laufend für die Finanzierung von Investitionen herangezogen. Durch diesen unerwarteten Geldsegen konnte sich der Herr Bürgermeister als Wohltäter präsentieren, der in der Stadt längst fällige Investitionen tätigte. Damit aber meine Damen und Herren - das ist jetzt die negative Seite - sind wir auch bereits wieder an dem Punkt angekommen, wo von diesen Sondereinnahmen aus dem Sparkassenverkauf praktisch nichts mehr vorhanden ist. Meines Erachtens auch schon eine Kunst in nur drei Jahren so viel Geld irgendwie zu verbrauchen.

Auf der anderen Seite aber halten wir nach wie vor bei einem Schuldenstand von 26 Mio. Euro, der zugegebenermaßen wenigstens nicht steigt. Aber die Schulden haben sich seit 2016 auch nicht verringert und das in Zeiten einer sehr guten Konjunkturlage. So bin ich also sehr neugierig auf das kommende Doppelbudget, welches uns höchstwahrscheinlich wieder eine ansehnliche Neuverschuldung ins Haus bringen wird. Kurz zusammengefasst: Trotz der guten Finanzdaten sind wir von so etwas wie einer nachhaltigen Budget- oder Haushaltspolitik nach wie vor meilenweit entfernt.

Lassen sie mich abschließend noch zu einem Punkt kommen, der mir wie sie schon bemerkt haben, sehr wichtig ist, nämlich der Transparenz. Kollege Ganzert sprach bereits die Präsentation des Finanzdirektors über den Rechnungsabschluss im Finanz- und Präsidialausschuss an. Diese hätten wir ganz gerne gehabt, aber für mich unverständlicherweise unter Verschluss gehalten wird. In den Jahren zuvor bekamen wir die Präsentation. Also, da wäre schon einmal eine Transparenz gegenüber den Gemeinderäten ein Thema.

Zum TOP 1. muss ich nochmals zurückkommen bzw. auf die Frage, wie weit können wir Gemeinderäte eigentlich Informationsmöglichkeiten nutzen? Wie sie wissen, räumt uns das Stadtstatut im § 9 Abs.5 das Recht ein: ...hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Stadtsenat, im Gemeinderat oder des Ausschusses zu behandeln sind und auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung des jeweiligen kollegialen Organs als Tagesordnungspunkte aufscheinen, beim Magistrat in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einzusehen, sich Aufzeichnungen zu machen und die erforderlichen Auskünfte einzuholen. Dazu gehört auch das Anfertigen von Kopien.“

Solche Auskünfte holte ich diesmal in mehreren Punkten ein, denn meines Erachtens muss sich dieses Recht auch auf die Einsichtnahme in die Unterlagen der Stadtbuchhaltung, also in konkrete Buchungen erstrecken. Bisher wurde mir das - wie sie ja wissen - verweigert.

Sie werden sich vielleicht daran erinnern, dass die Auslegung dieses Punktes auch Gegenstand einer Aufsichtsbeschwerde an die Gemeindeaufsicht war. Das Ergebnis kurz gesagt war nicht ganz befriedigend und so habe ich über den Oö. Landtag eine

Änderung der gesetzlichen Bestimmungen zu erreichen versucht. Nun gibt es insofern Neuigkeiten, als vom zuständigen Unterausschuss zur Änderung der Stadtstatuten im Oö. Landtag die Auskunft erteilt wurde, dass eine solche Änderung nicht notwendig sei, da diese Möglichkeit der Einsichtnahme auch nach der derzeitigen Gesetzeslage bereits besteht.

Ich erlaubte mir anlässlich der Behandlung des Rechnungsabschlusses in der heutigen Sitzung des Gemeinderates im Vorfeld zu einzelnen Punkten Detailauskünfte zu verlangen, die mir auch gewährt wurden. Ich bekam sehr kompetente Auskünfte von der Dst. Stadtbuchhaltung. Danke dafür an die Beamten. Aber mit einer erheblichen Einschränkung. Ich zitiere aus dem Begleitschreiben: „Personenbezogene Daten wurden im Hinblick auf die Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit und die Bestimmungen betreffend Datenschutz anonymisiert.“ Das heißt also, der Empfänger in der Überweisung wird jeweils „anonymisiert“ gehalten. Z.B. kann man feststellen, wieviel Geld für die Renovierung des Rathauses oder für die Estricharbeiten ausgegeben wurde, aber ich kann nicht erfahren welche Firma diese Estricharbeiten durchführte. Hier wird mit dem Hinweis auf Amtsverschwiegenheit und Datenschutz weiterhin ein für mich nicht verständliches Versteckspiel betrieben, das der Transparenz der Ausgaben diametral entgegensteht.

Meiner Auffassung nach ist der Hinweis auf die Amtsverschwiegenheit völlig unangebracht, da ja auch wir Mandatäre einer Amtsverschwiegenheit unterliegen und andererseits handelt es sich bei der Nennung von Firmennamen meines Erachtens auch nicht um personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes, sodass ich diese Auskünfte bekommen hätte müssen. Ich werde diese eingeschränkte Auskunft daher auch so nicht hinnehmen und nicht locker lassen, bis mir und damit den gewählten Organen auch in Wels volle Einsicht in die Buchungsunterlagen gewährt wird. Andernorts ist dies längst üblich.

Da wir aufgrund der Tatsache dieses Konvolut weder digital zu bekommen und somit leicht Zugriff auf Daten zu haben noch erschöpfend Auskunft zu erhalten nicht im Stande sind alle offenen Fragen bezüglich dieses Rechnungsabschlusses zu klären, werden wir uns bei der Beschlussfassung auch der Stimme enthalten.

GR. Hufnagl: Vorhin sagte ich, die Stadt Wels gibt 50.000 Euro für den Umweltschutz aus. Es sind 150.000 Euro dafür vorgesehen. Nichtsdestotrotz sind es immer noch nur 0,06 % des Budgets. Diese Summe ist zu wenig, denn ich glaube, dass der Klimawandel uns alle betrifft. Schauen wir uns jetzt nur die Kosten an, die uns der Klimawandel in den nächsten zwanzig bis vierzig Jahren in der Stadt Wels kosten wird, dann werden diese um ein Vielfaches höher sein. Ich wäre dafür jetzt bedeutend mehr Geld in die Hand zu nehmen und später vielleicht Einsparungen zu lukrieren. Das hat meines Erachtens auch etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun. Wir hörten heute bereits: Keine Schulden zu hinterlassen ist das Eine, aber eine intakte Umwelt zu hinterlassen ist das Andere. Das ist noch viel wichtiger.

GR. Fila: Auch meinerseits ein Dank an den Herrn Finanzdirektor und seinen Mitarbeitern, die wie immer hervorragende Arbeit leisteten. Wie man aus der heutigen Presseaussendung entnehmen konnte, gab es einen Rechnungsabschluss mit einem Überschuss von 16 Mio. Euro. Das sind um 3 Mio. Euro mehr als 2017. Die

Standbeine eines Überschusses sind natürlich eingenommene Steuern und Abgaben, wie Kommunalsteuer, Abfallgebühr und viele weitere Einnahmen der Stadt Wels.

Einnahmen gibt es nur wenn der Wirtschaftsmotor läuft. Es hat sich bewiesen, dass in den letzten Jahren die Wirtschaftskraft der Stadt Wels gestiegen ist und wir am richtigen Weg sind. Neben den Personalkosten sind auch steigende Zahlungen an den Bund wichtige Punkte, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Der Personalüberbestand wurde abgebaut – ich glaube, hier gibt es nicht mehr viel Spielraum.

Wie man sieht ist in Wels einiges los. Wenn man wirtschaftlich denkt, lässt sich auch einiges verändern – daher sind wir auf dem richtigen Weg.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es wurde schon viel gesagt. Dazu allgemein ein paar Dinge: Natürlich möchte ich mich auch bei den Beamten sehr herzlich bedanken. Bedanken möchte ich mich aber auch bei unserem Finanzreferenten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann ihnen versichern, er spart nicht nur bei den eigenen Referenten, sondern bei allen. Alle Mitarbeiter sind angewiesen zu sparen.

Meine frühere Kritik war immer, dass sich der ordentliche Haushalt oft nur finanzieren hat lassen durch die Entnahme von Rücklagen. Derzeit befinden wir uns in der glücklichen Lage Rücklagen aufbauen zu können, die wir vielleicht in Zeiten brauchen, wo die wirtschaftliche Situation nicht so gut ist, wie wir sie derzeit haben. Dass ist die Vorsorge, die wir für diese Zeiten treffen müssen. Wir müssen vor allen Dingen sehr verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen. Es ist immer schwierig die Waage zu finden, wo sparen wir, wo investieren wir. Hier wurde ein sehr guter Weg gefunden. Unser Finanzreferent hat immer eine sehr gute Hand dafür wo es notwendig ist zu sparen und wo es notwendig ist zu investieren. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei ihm bedanken.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Hufnagl, die 150.000 Euro für den Umweltschutz sind eine unvollständige Darstellung der tatsächlichen Ausgaben, weil hier einerseits die Ausgaben für Personal nicht enthalten sind (diese sind bei den Personalausgaben enthalten), andererseits Ausgaben für Vereine nicht enthalten sind. Als Beispiel wir sind Klimaschutzgemeinde, zahlen dafür als Mitgliedsbeitrag mehr als 10.000 Euro. D.h. wenn, dann müssen wir schon ehrlich sein und die richtige Zahl auf den Tisch legen. Allerdings ist es oft nicht ganz leicht diese Zahlen aus dem Rechnungsabschluss insgesamt zusammen zu glauben.

Man muss sich aber trotzdem die Frage stellen, wofür wir als Stadt zuständig sind? Wenn sie den Rechnungsabschluss durchsehen, dann werden sie wahrscheinlich auch keine Ausgaben für die Polizei oder die Verteidigung finden. Das sind Zuständigkeiten des Bundes. Sie werden auch keine Ausgaben für die Wohnbauförderung finden, weil das in die Zuständigkeit des Landes fällt. Eines ist klar, Umweltschutz geht uns zwar alle an, trotzdem gibt es eine klare Zuständigkeit und die liegt nach unserer Verfassung beim Bund. Insofern ist es ganz selbstverständlich, dass die Ausgaben dort budgetiert sind, wo sie auch tatsächlich anfallen. Das ist halt nun einmal der Bund und nicht die Stadt Wels. Wir handeln aufgrund der Verfassung nach den uns zugeteilten Aufgaben. Diese müssen wir budgetieren und bei denen müssen wir schauen, dass wir zurechtkommen. Gerade in Anbetracht der Notwendigkeiten, die

es in dieser Stadt noch gibt, das beginnt bei einer Ganztagesbetreuung im Schulbereich, geht über mehr Kindergarten- und Krabbelstubenplätze, über die Sanierung von Straßen bis hin zu Maßnahmen im Bereich des Tierparks, über Jugendförderungen bzw. Sanierungen im Hallen- und Freibad, bis hin in den Sozialbereich, wo soziale Einrichtungen ebenfalls zu erneuern sind. Es gibt unfassbar viele Dinge zu tun. Konzentrieren wir uns einmal auf die Sachen, wofür wir tatsächlich eine Zuständigkeit haben und schauen wir den hier entstandenen Investitionsrückstand aus den letzten Jahrzehnten aufzuholen. Dann können wir über weitere Maßnahmen sprechen.

Eine Richtigstellung ist aus meiner Sicht erforderlich, weil Kollege Mag. Teubl sagte, die Personalkosten sind gestiegen. Das ist unrichtig. Die Personalkosten betragen 2015 69,77 Mio. Euro, sind um ein halbes Prozent gesunken auf 69,45 Mio. Euro, sind dann im Folgejahr wieder um 0,1 Prozent gesunken auf 69,36 Mio. Euro, dann um 0,9 Prozent gestiegen auf 70,01 Mio. Euro. Hier muss man dazusagen, dass es in diesen Jahren jedes Jahr Lohnerhöhungen (von zuletzt 2,33 Prozent) gab. D.h. trotz dieser Lohnerhöhungen, die natürlich kumuliert zu betrachten sind, sind wir im Personalbudget relativ stabil geblieben. Das hat vielfältige Gründe – da bin ich bei der Kollegen Prähofer. Nicht nur, dass wir bei den Nachbesetzungen ein Thema haben, weil qualifizierte Leute immer schwieriger zu finden sind. Das ist aber kein Spezifikum des öffentlichen Dienstes der Stadt Wels. Das ist ein Spezifikum aller Unternehmen, die derzeit dringend Facharbeiter suchen, weil der Arbeitsmarkt entsprechend ausgetrocknet und deswegen qualifiziertes Personal auch schwer zu finden ist.

Das hat aber natürlich auch damit zu tun, Herr Mag. Teubl, dass wir diese Strukturreform durchgeführt haben. Auch wenn ihnen das nicht ganz so recht ist, ich verstehe es. Wenn sie dann sagen, man hat im System nicht gespart, kann ich das überhaupt nicht nachvollziehen. Wir haben nur im System gespart! Wo denn auch sonst? Immerhin haben wir keine Leute entlassen, gekündigt oder sonstige Maßnahmen getroffen. Sondern wir haben überall ein bisschen etwas weggezwickelt. Wenn es überhaupt zu Mehrausgaben kommt, dann deswegen, weil dieser Gemeinderat oder der Stadtsenat es beschließt. Wir tun alle so, als wäre der böse Bürgermeister dafür verantwortlich, dass die Schulden steigen oder dass wir investieren. Nein! Jeder, der in diesem Gremium sitzt, ist stolz darauf welche Beschlüsse wir insgesamt fassen. Jede Gemeinderatsitzung kostet tatsächlich auch Geld. Nämlich zur Umsetzung der Beschlüsse, die in diesem Rahmen gefasst werden. Also tun wir nicht so als würde man sich, wenn es um Investitionen geht und um Verbesserungen für die Bevölkerung im Licht sonnen und sagen, das ist jetzt super, dass wir das geschafft haben. Sobald es aber darum geht wer das Ganze finanziert, sagt man naja, das ist aber nicht unsere Angelegenheit. Da steigen die Schulden und es ist eine richtige Katastrophe was da passiert.

Tatsache ist, in den letzten Jahren hat es keine Steigerung des Schuldenstandes gegeben. Tatsache ist auch, dass aus dem Verkauf der Sparkassenanteile noch 15 Mio. Euro vorhanden sind. Diese sind noch nicht ausgegeben. Wir haben sie an Beteiligungsunternehmen verborgt. Ich verhehle aber in diesem Zusammenhang nicht, dass die 15 Mio. Euro für Investitionen schon verplant sind. D.h. Investitionen, die wir hier beschlossen haben, werden mit diesen 15 Mio. Euro bedeckt. Das geht los beim Greif und endet bei allen möglichen weiteren Investitionen, die in diesem Haus beschlossen wurden, wie die Autobahnauffahrt Wimpassing usw. Wenn wir uns heute

herstellen und diesen Rechnungsabschluss anschauen, die richtige Flughöhe und den großen Blick haben, dann ist doch eines relevant: Wir schaffen es jedes Jahr ein bisschen mehr Überschuss zu erzielen. Sie alle wissen, dass dies mit unglaublich viel Einsatz, unglaublich viel Kraftanstrengung, unglaublich viel Überdenken von Entscheidungen verbunden ist. Kostendämpfungsverfahren, die wir uns antun, Maßnahmen, die wir in der Verwaltung treffen, Controlling, das wir eingeführt haben, usw. D.h. jeder Euro wird noch einmal umgedreht. Dadurch gelingt es uns jedes Jahr ein bisschen mehr Überschuss zu erzielen. Das ist bei Gott nicht leicht. Inzwischen sind wir in der Phase angelangt, wo ich sage, das wird immer schwieriger, die großen Schrauben sind verstellt. Jetzt muss man halt die kleineren Schrauben verstellen. Bis das alles wirksam ist, dauert es seine Zeit.

Für mich ist völlig klar, es funktioniert nicht von einem Jahr auf das andere von minus 7 auf plus 13 Mio. Euro zu kommen. Es sind 20 Mio. Euro besseres Ergebnis als im Jahr 2015; gerade einmal drei Jahre in Bezug auf 2018. D.h. wir haben hier gemeinsam Großartiges geleistet. Ich bin noch nicht so weit zu sagen, das ist jetzt allein der Verdienst des Finanzreferenten, des Bürgermeisters oder des Finanzdirektors. Das wäre viel zu kurz gegriffen. Es haben alle mitgeholfen, die Referenten, die Gemeinderäte, die Mitarbeiter, auch die kleinsten Mitarbeiter. Es geht um einen Spirit, es geht darum, was hat man denn weitervermittelt.

Der Gedanke von Stefan Ganzert – natürlich haben auch die Mitarbeiter versucht die Steuermittel sparsam, zweckmäßig, wirtschaftlich auszugeben. Das wurde vorher vielleicht nicht so vermittelt. Hier schafften wir eine Kehrtwendung – das war ein großer Schritt und eine große Anstrengung in diesem Zusammenhang. Deswegen, wenn wir Ausgaben haben, dann haben wir sie weil der Stadtsenat und Gemeinderat Beschlüsse dazu fasst und nicht weil irgendwer das Geld einfach ausgibt, weil es gerade zufälligerweise vorhanden ist.

Was die Transparenz betrifft Herr Mag. Teubl, muss ich sagen, ich kann es ja nachvollziehen. Wir diskutierten dies bereits. Aber es waren die GRÜNEN, die ganz massiv im Europäischen Parlament und im Nationalrat die Umsetzung dieser Datenschutzgrundverordnung forderten. Es geht eben nicht um das Amtsgeheimnis, das möchte ich betonen, es geht um das subjektive Recht jedes einzelnen, dass personenbezogene Daten über sich selbst nicht veröffentlicht werden dürfen, ohne dass wir die Zustimmung dafür haben. Die Amtsverschwiegenheit wäre ja kein Problem, wir sind selbst daran gebunden und da können wir sagen, ja das geht. Glauben sie mir, ich bin der Letzte der nicht sagt, geben sie die Informationen heraus, es gibt eh nichts zu verbergen. Tatsache ist aber, es gab eine erstinstanzliche Verurteilung als wir eine Volksbefragung durchführten. D.h. wir haben Bürger befragt und sie wissen das selbst noch, im September vor zwei Jahren, wo wir fragten, ob gewisse Dinge in Wels gemacht werden sollen oder nicht. Da wurden nur die Adressen dieser Bürger abgefragt. Die Datenschutzkommission sagte, das ist eine Verletzung der Datenschutzgrundverordnung, obwohl wir nur einen Brief an unsere eigenen Bürger geschrieben haben – keine sonstige Daten, nicht Geburtsdatum, Geschlecht oder Religionszugehörigkeit usw., geschweige denn Rechnungen oder Leistungen. Nein, wir fragten nur die Adresse ab! Das sind Dinge wo ich sage, wir sind in diesem Bereich vorsichtiger geworden als wir bisher waren. Wir haben eine wesentlich höhere Sensibilität als wir sie bisher hatten, weil eine Verletzung dieser Datenschutzgrundverordnung weitreichende Folgen hat. Wenn wir die Datenschutz-

grundverordnung verletzen, dann weiß ich, dass die GRÜNEN eine Anzeige machen bei der Datenschutzkommission und genau das sagen, der böse freiheitliche Bürgermeister verletzt den Datenschutz. Wie kann so etwas passieren? Gleichzeitig drängt man auf Transparenz und sagt, der böse Bürgermeister gibt die Daten nicht her. Egal wie man es macht, man ist in diesem Zusammenhang immer in der Zwickmühle etwas falsch zu machen. Deswegen sage ich, wir lassen das ganz objektiv abklären von unserem Verfassungsjuristen. Dr. Kitzmantel ist hier ein guter Kenner der Materie, der mit all diesen Dingen sehr vorsichtig umgeht. Das was die Beamtenschaft hier ausarbeitet wird von mir umgesetzt. Wenn Dr. Kitzmantel sagt, diese Daten sind freizugeben, dann bin ich der Letzte der eine Weisung gibt, dass diese Daten nicht freizugeben sind. Sie sind freizugeben oder nicht. Je nachdem was das Gesetz sagt. Deswegen haben wir Juristen, die diese Arbeit für uns erledigen. Aber ich kann nicht nur weil die GRÜNEN es wollen das Datenschutzgesetz verletzen. Ich verstehe es aber auch nicht als Aufforderung zum Gesetzesbruch, dass ich hier Daten herausgeben soll, die ich vielleicht nicht herausgeben darf.

Im Übrigen kann mehr sehr leicht nachvollziehen, wer die Estricharbeiten durchführte, weil sie als Fraktionsvorsitzender natürlich die Möglichkeit haben die entsprechenden Beschlussfassungen einzusehen. Das wissen sie ganz genau. Insofern kann ich auch nicht nachvollziehen, dass sie die Estricharbeiten herausgenommen haben, weil allen Ausgaben Beschlüsse zugrunde zu legen sind. Allen! Und sei es auch nur der Beschluss des Referenten per sé. Also insofern ist das Argument der Transparenz aus meiner Sicht nicht ganz nachvollziehbar. Wir werden uns aber weiter daran halten und Gesetze, ob es jetzt die Amtsverschwiegenheit oder die Datenschutzgrundverordnung ist, gleichermaßen einhalten, weil unsere Demokratie genau auf diesen Gesetzen beruht.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. Hufnagl verlässt um 16.30 Uhr die Gemeinderatsitzung.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2019/010

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 16.5.2019:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2019/011

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.5.2019:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

7.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/012

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 16.5.2019:

Die beantragte Kreditüberschreitung (Anlage 1) wird genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Dr. Csar sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Hufnagl hat die Sitzung bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

8.)

Masterplan Friedhof; Platz für Urnenverabschiedung
SD-FH-49-2019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 21.05.2019:

Die Schaffung des Platzes für Urnenverabschiedung am Welser Friedhof wird mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 143.000,-- brutto sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 6.000,-- brutto grundsätzlich genehmigt.

GR. Hacker: Wir beschließen den Masterplan 2025 mit Gesamtkosten in der Höhe von voraussichtlich ca. 5 Mio. Euro auf 10 Jahre – soweit es die budgetären Mittel zulassen – einstimmig. Erfreulich ist, dass einige Vorhaben, wie Verbesserungen, Sanierungen usw. bereits durchgeführt worden sind, aber natürlich noch vieles notwendig ist. Begrüßenswert ist die Schaffung eines Platzes für Verabschiedungen bei Urnenbegräbnissen. Ich war heute Vormittag am Friedhof unterwegs und weil es in den letzten Wochen sehr viel regnete, wurde gemäht und Hecken geschnitten. Das heißt, die Mitarbeiter stehen kurzfristig vor einer Herausforderung.

Es ist unsere Pflicht hier Sorge zu tragen für die Verstorbenen, Angehörigen und den vielen Friedhofbesuchern ein ordentliches, sauberes und gepflegtes Bild zu bieten. Der Friedhof mit seinem schönen alten Baumbestand ist nicht nur die größte Parkanlage, sondern auch ein Aushängeschild für unsere Stadt. Ich möchte mich bei den Mitarbeitern der Friedhofverwaltung bedanken, die für die Wirtschaftlichkeit und Pflege dieses 13 ha großen Areals zuständig sind.

GR. Schatzmann: Ich möchte ein ganz großes Dankeschön an die Referentin und deren Mitarbeiter aussprechen. Es war höchst an der Zeit einen pietätvollen Platz für eine Urnenbestattung anzubieten. Bis jetzt war das nicht der Fall. Durch ihren Einsatz ist es gelungen diesen hervorragenden Platz zu schaffen und es wird in Zukunft bei Verabschiedungen bei Urnenbegräbnissen wesentlich angenehmer für die Hinterbliebenen sein.

StR. Josseck-Herdt: Es gibt Mitmenschen, die nicht gerne auf den Friedhof gehen und ihn meiden, weil sie vielleicht mit dem Tod oder den Verstorbenen nicht konfrontiert werden wollen. Dann gibt es aber auch Mitmenschen, die sehr gerne auf den Friedhof gehen oder gehen müssen, weil sie Gräber pflegen oder die Blumen gießen. Ich gehe aus diesen Gründen gerne auf den Friedhof, aber auch weil das für uns Welser der größte zur Verfügung stehende Park ist. Wir können sehr stolz auf die Größe und Wertigkeit der Grabsteine im Friedhof sein.

Wenn ich durch den Friedhof gehe, freue ich mich jedes Mal. Es kann sein, dass ich gerade den Blick auf die neuen allseits gelobten barrierefreien Wasserstellen werfe, auf

die Einfriedung der Abfallbehälter oder auf die sanierten Stufen mit den Handläufen. Das ist besonders wichtig, weil sehr viele ältere Menschen den Friedhof besuchen. Oder mein Blick fällt auf die Urnenwand, den Urnengang oder das Tor. Das Tor war in einem schlechten Zustand und deshalb wundere ich mich wie schön dieses noch geworden ist bzw. was daraus noch gemacht werden konnte. Eigentlich ist alles edel, solide und mit viel weiblicher Ästhetik versehen. Dafür ist unsere Referentin zuständig und ich möchte mich sehr herzlich bei ihr dafür bedanken. Sie hat sich schon bei der Gestaltung des Planes eingebracht und den Künstler eruiert und gewinnen können. Das könnte ich ihr auch von Angesicht zu Angesicht sagen, aber ich will heute die Gelegenheit ergreifen, um im Namen aller Friedhofbesucher diesen Dank auszusprechen. Danke liebe Christa!

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Herzlichen Dank für diese netten Worte. Ich weiß, es ist sehr viel geschehen, aber ich weiß, es ist noch viel zu tun. Es freut mich ganz besonders, dass ich den Benediktinermönch, Bruder Thomas, dazu gewinnen konnte in Zusammenarbeit mit dem Kloster Schlierbach ein wunderschönes Glasgemälde zu erschaffen. Dieses soll den Abschluss des Platzes bilden. Die Säulen, die zur Zeit im Burggarten stehen und früher am Friedhof gestanden sind, kommen wieder zurück und werden diesen Platz auch schmücken. Ich denke, es wird ein schöner Platz zum Verweilen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

FAB – DLC Wels (Sozialökonomischer Betrieb) – vormals
RenoTop Wels Bau und FrauenWerkstatt Wels;
Gewährung einer Subvention
SHoR-093-02-23-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 21.05.2019:

1. Dem Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung, 4021 Linz, Industriezeile 47a, wird zur teilweisen Abdeckung der Lohnkosten für die Maßnahmenbetreuer des sozialökonomischen Betriebes DLC Wels eine Subvention von € 59.500,-- für das Jahr 2019 gewährt.
2. Entsprechend den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 2019 wird die Subvention in mindestens zwei Teilbeträgen ab 1.3.2019 bzw. ab 1.8.2019 ausbezahlt.
3. Die notwendigen finanziellen Mittel sind von der VASSt. 1.4291.757200.0 auszubezahlen.
4. Eine Auszahlung erfolgt erst nach Vorliegen des Nachweises über die widmungsgemäße Verwendung von Förderungsmitteln aus dem Vorjahr.

5. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Vorlage eines Jahresberichtes zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

10.)

Leitlinien für Radverkehr der Stadt Wels
BauD-VP-DZ-63-2017
VP-311-09-1-2019

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 20.05.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegenden „Leitlinien für Radverkehr der Stadt Wels“ beschließen.

GR. Ganzert: Lieber Klaus, vielen Dank! Du hast die Fahrradmodellregion angesprochen und für mich sind die Leitlinien für den Radverkehr in der Stadt Wels eine weitere Pionierleistung von dir. Du achtest vor allem auf Kooperation innerhalb der Stadt, aber auch auf Kooperation mit den Umlandgemeinden. Ich möchte das positiv hervorheben, weil es sich dabei um ein best-practice-Beispiel handelt, wie du mit diesem Beispiel im Ausschuss und auch mit den politischen Fraktionen umgegangen bist. Es war für dich selbstverständlich zu Beginn einen Entwurf an die Fraktionen zu versenden und dadurch die Möglichkeit zur Diskussion bzw. die Einholung von Stellungnahmen zu schaffen und diese gegenzuchecken. Wir haben uns dafür insgesamt zwei Ausschusssitzungen Zeit genommen, Punkt für Punkt alles durchzugehen. Wir hatten Experten vor Ort, die uns Rede und Antwort gestanden sind. Herausgekommen ist – wie in vielen Fällen – ein Kompromiss, vor allem bemerkbar bei den finanziellen Mitteln.

Im ersten Punkt der Leitlinie heißt es: „Radverkehr ist gleichwertig mit anderen Verkehrsarten und wird bei Planungen von Anfang an berücksichtigt.“ Das sind Meilensteine, wenn ich daran denke wie die Stadt- und Verkehrsplanung bisher die Verkehrswege in der Stadt gesehen haben. Ich möchte mich deinem Dank im Namen der Fraktion an Frau Dipl.-Ing. Berghofer und Herrn Dr. Dipl.-Ing. Doblhammer anschließen.

Im Ausschuss wurde von mir auch die Sanktionierung bzw. die Frage wer das Einhalten kontrolliert angesprochen. Ein Reporting an den Ausschuss oder auch an den Gemeinderat wäre sehr zu begrüßen. Diese Leitlinien haben eine grundsätzliche Verbindlichkeit, weil sie im Gemeinderat beschlossen wurden, aber es gibt noch keine Sanktion oder nicht einmal die Pflicht sich zu erklären, wenn eine Übertretung begangen

wurde. Ich glaube, es liegt an uns in den zukünftigen Budgets diesen Mindestwillen und das darüber Hinausgehende entsprechend zu berücksichtigen.

GR. Taitl: Die FPÖ-Fraktion setzt sich für eine umfassende Radverkehrsförderung ein, um möglichst viele Wege, die zur Zeit mit anderen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden, mit dem Fahrrad zu ersetzen. Die Leitlinien für den Radverkehr beziehen sich auf eine sichere zukunftsfähige Radinfrastruktur. Grundlage für die Leitlinien in Wels ist die vorgeleistete Arbeit der Fahrradberatung Wels durch Frau Dipl.-Ing. Eva Berghofer. Der Radverkehr ist gleichwertig mit anderen Verkehrsarten und wird berücksichtigt bei den Planungen. Die Hauptverkehrsrouten in Wels sind die Landesradwege sowie die Radrouten in Wels.

Die moderne Radverkehrsführung vermeidet Umwege und soll direkte Verbindungen schaffen. Angestrebt werden eine Verbesserung von bestehenden gemischten Geh- und Radwegen nach Grundlagen der RVS. Eine Aufhebung der Benützungspflicht wird angestrebt – sofern sinnvoll und möglich. An geeigneten Routen sollen Radverkehrszählanlagen eingerichtet werden. Die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel soll in geeigneten Intervallen erhoben werden. Um den Radverkehr attraktiv gestalten zu können, schlagen wir vor vier Euro pro Einwohner und Jahr im Budget vorzusehen.

StR. Lehner: Auch die ÖVP-Fraktion begrüßt es, dass es Radrichtlinien gibt und das Radfahren in Wels einen politischen Stellenwert bekommt, der gesellschafts- und vor allem umweltpolitisch notwendig ist. Das Radfahren ist in Wels eine Fortbewegungsart, die aufgrund der Topographie immer mehr Stellenwert gewinnen wird. Danke für diese Initiative.

In den letzten Wochen lernte ich, dass man mit der Politik nicht nur reden soll, wenn man sie unbedingt braucht. Daher verwundert es mich schon, insbesondere weil du Stefan den Referenten gelobt hast im Ausschuss alles perfekt gemacht zu haben. Das mag so sein, allerdings hat er nicht das Gespräch mit mir gesucht. Das verwundert mich, denn gerade als Planungsreferent legen wir bei der Planung von Wohnprojekten großen Wert darauf wie Radabstellplätze positioniert werden und wie sie erreichbar sind. Hier hätte es sicherlich noch ergänzende Möglichkeiten gegeben mit der einen oder anderen Idee von mir im Bereich der Planung.

Markus Wiesinger und meine Fraktion haben sich im Ausschuss eingebracht. Mich wundert es, weil ich StR. Hoflehner immer bei allen Projekten eingeladen habe und wir gemeinsam das Radfahren massiv unterstützen. Ich möchte diesen Weg weiter gehen, es ist ein gemeinsames Anliegen aller Fraktionen hier etwas zu tun.

Diese Kritik sei mir erlaubt, du hast mich bezüglich der Radrichtlinien kein einziges Mal angesprochen, nie das Gespräch gesucht, um dazu die Stellungnahme des zuständigen Planungsreferenten zu bekommen. Das hätte ich mir schon erwartet. Es ist in der Politik wichtig mit den politischen Mitbewerbern auch dann zu sprechen, wenn man nicht unbedingt auf ihre Zustimmung angewiesen ist. Man soll immer das Gespräch suchen – meine Tür steht offen, meine Kontaktdaten sind selbstverständlich auch bekannt. Ja von der ÖVP für diese Richtlinie.

GR. Mag. Teubl: Kollege Hufnagl streifte vorhin bei der Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses das Thema Umweltpolitik und nannte dabei eine Zahl, die seines Erachtens zu niedrig ist. Dem kann man sich nur anschließen. Ich muss widersprechen, dass Klimaschutz nur eine Angelegenheit der Umweltpolitik im engeren Sinne ist. Denn Klimaschutz spielt in vielen Bereichen eine Rolle bzw. müsste eine Rolle spielen, beginnend bei der Beschaffungs- und Planungspolitik und geht natürlich auch in Richtung Verkehrspolitik. Mit dem Beschluss dieser Radleitlinien leisten wir sicherlich einen Beitrag zum Klimaschutz, obwohl wir laut Bürgermeister dafür gar nicht zuständig sind. Ich freue mich, dass wir es trotzdem tun, auch wenn wir diese Zuständigkeit nicht haben und ich natürlich anderer Meinung bin.

Ich freue mich über die heutige einhellige Zustimmung dazu. Als die Fraktion, die schon immer die Lobby der Radler unserer Stadt war, können wir natürlich nur in Begeisterung ausbrechen und in der Tat ist das ein guter Schritt in die richtige Richtung, wenn den Rad fahrenden Verkehrsteilnehmern jetzt genauso Tribut gezollt wird bei der Straßenplanung wie allen anderen Verkehrsteilnehmern. Vielleicht rücken wir schön langsam auch in Wels von dieser Politik der Autoverkehr-bevorzugenden Stadt ab. Meines Erachtens ist Wels nach wie vor eine Autostadt und ich würde mir wünschen, dass Wels eine Stadt der Rad fahrenden und zu Fuß gehenden Bevölkerung wird. Nicht nur, weil diese Bevölkerungsgruppen es sich verdient haben bessere Bedingungen vorzufinden, sondern eben auch im Hinblick auf den Klimaschutz.

Wenn wir die Verkehrswende im Westen nicht schaffen, wenn es nicht gelingt den Mix zu verändern, das heißt, den Anteil des Individualverkehrs mit PKW's zu senken und auf der anderen Seite den öffentlichen Verkehr, den Nahverkehr und den Fußgängerverkehr entsprechend zu heben, dann wird es erstens zu einem Verkehrsinfarkt in unserer Stadt kommen und zweitens werden wir unsere Hausaufgaben im Sinne des Klimaschutzes nicht erfüllt haben.

Insofern ein guter erster Schritt und ich hoffe, dass auch entsprechende Beschlüsse in der Umsetzung folgen werden, die tatsächlich Wels zu einem Kopenhagen, Amsterdam oder was auch immer in Österreich zu machen imstande sind.

GR. Ganzert: Es freut mich, dass von allen hier so große Zustimmung signalisiert wird, auch von StR. Lehner, der von der ÖVP die Zustimmung gleich vorweg schickte. Ich würde mir wünschen, dass er die bei anderen angesetzten Maßstäbe auch bei sich selbst ansetzt und proaktiv ist. In die fraktionsinterne Kommunikation der ÖVP mische ich mich nicht ein.

Die Fraktion erhielt die Unterlagen, es wurde darüber diskutiert und es gab dazu sogar eine schriftliche Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden GR. Markus Wiesinger. Diese wurde vom GR. Zaunmüller vorgetragen inklusive aller schriftlichen Unterlagen. Der Amtsbericht wurde von der Dienststelle Stadtentwicklung erstellt und ich hoffe du hältst Your fixe mit deinen leitenden Beamten ab. Bei diesen Dienstbesprechungen wurden die Leitlinien sicher auch einmal diskutiert. Außerdem siehst du StR. Hoflehner regelmäßig im Stadtsenat. Vielleicht solltest du in der Fraktion für eine bessere Kommunikation sorgen, denn bei den anderen Fraktionen funktioniert es einwandfrei. Bei der ÖVP gab es scheinbar einige Fehler, aber diese sind Gott sei Dank nicht in diesem Papier bemerkbar.

So wie ich den Klaus Hoflehner kenne, werdet ihr euch zusammensetzen und diese Dinge gemeinsam und erfolgreich lösen. Für Tipps zur Kommunikation bin ich im kurzen Wege gerne bereit.

GR. Zaunmüller: Ich möchte beim Kollegen Mag. Teubl anschließen, der sich wünscht ein Kopenhagen oder Amsterdam betreffend Fahrradfreundlichkeit und Straßenführung etc. zu werden. Ich würde mir das auch wünschen, allerdings glaube ich, dass das in den nächsten Jahren kein besonderes realistisches Ziel ist, obgleich wir dringend danach trachten sollten möglichst in diese Richtung zu kommen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei StR. Hoflehner bedanken und ersuche den Dank auch an die verantwortlichen Beamten weiterzugeben, denn hier wurde tatsächlich ein Meilenstein gesetzt. Ein Leitbild der Stadt Wels was die Fahrradfreundlichkeit betrifft ist etwas ganz Besonderes. Ich glaube alle Verantwortlichen können durchaus stolz darauf sein und das künftig auch gut unterstützen. Klaus Hoflehner und die befassten Beamten sind keine Theoretiker sondern begeisterte Radfahrer und das Thema, die Probleme aber auch die guten Seiten erfahren und erradeln sie jeden Tag selbst. Das ist vielleicht nicht bei allen Mandataren so gegeben.

Ein wichtiger Punkt, auf den ich hinweisen möchte, sind die neuen auf uns zukommenden Herausforderungen, wie E-Scooter, Segways und die Elektromobilität, die sich an diesem Themenkreis Radverkehr und radfahrfreundliche Stadt sicherlich anschließen lassen und eine große Herausforderung für die Gremien bedeuten. Aber ich bin überzeugt davon, so werden wir wie das Leitbild auch die zukünftigen Herausforderungen und Handlungen auf einen guten Weg bringen.

StR. Hoflehner: Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, bei allen handelnden Gemeinderäten und Stadtsenatsmitgliedern für die ausführliche Diskussion. Es tut mir sehr leid, dass ich offensichtlich bei StR. Lehner nicht den richtigen Zugang fand. Ich sehe das allerdings ein bisschen anders, weil wir beim IWB-Projekt, bei der Lokalbahnplanung, bei verkehrsmäßigen Angelegenheiten immer einen Konsens fanden, möchte das aber nicht problematisieren. Im Übrigen ist auch meine Bürotür offen. Da du ein weitaus repräsentativeres Büro hast, komme ich zu dir und wir besprechen die Dinge, die uns am Herzen liegen. Ich sehe hier überhaupt kein Problem. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

11.)

Kornspeicher Wels;
Zusatzvereinbarung mit dem Kulturverein WAKS -
Welser Arkadenhof Kultur Sommer - Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
Pachtvertrag mit der Theater Kornspeicher Gemeinnützigen Betriebs GmbH
(in Gründung) – Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
Abschluss einer Subventionsvereinbarung mit der Theater Kornspeicher Gemeinnützige
Betriebs GmbH (in Gründung), Wels, Freiong 15
BK-K-50-2019

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 20.05.2019:

1. Der Abschluss der Verträge Zusatzvereinbarung (Beilage 2) und Pachtvertrag (Beilage 3) durch die zuständigen Organe der Stadt Wels wird vom Gemeinderat der Stadt Wels zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die beiliegende Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und der Theater Kornspeicher Gemeinnützige Betriebs GmbH (in Gründung), Wels, Freiong 15, über die Gewährung eines jährlichen Subventionsbetrages in Höhe von € 55.800,- (im ersten Jahr, September – Dezember 2020), aber aliquot € 18.600,-; im zweiten Jahr (Jänner – Dezember 2021) einmalige Erhöhung um € 20.000,-, somit gesamt auf € 75.800,-), vorbehaltlich des jeweiligen Budgetbeschlusses durch den Gemeinderat der Stadt Wels zum Zwecke der Förderung von Veranstaltungen kultureller, politischer, sozialer, wirtschaftlicher, religiöser und sonstiger Natur, mit Ausnahme solcher, die gegen die guten Sitten verstoßen, in den Räumlichkeiten des Kornspeichers wird beschlossen.

GR. Ruetz: Was haben Kultur und Politik gemeinsam? Sie dienen dem Allgemeinwohl. Im Zeitalter der Digitalisierung sind die analogen Welten des Theaters, der Konzerte und Ausstellungen Orte der Herzensbildung. Kultur ist mittlerweile eine Schlüsseldisziplin des digitalen Zeitalters. Sie verbindet Vergangenheit mit der Zukunft. Wels ist u.a. auch eine Stadt der Kunst und Kultur. Künstler tragen mit ihren Werken und Projekten wesentlich zur hohen Lebensqualität und Aktivität unserer Stadt bei. Wels bietet für alle Kulturinteressierten ein sehr breit gefächertes Angebot mit sommerlichen Konzerten im Burggarten bei freiem Eintritt, die Theateraufführungen im Stadttheater, das Internationale Figurentheaterfestival oder die Welser Abonnentenkonzerte. Viele dieser Veranstaltungen sind mittlerweile weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus bekannt.

Die ganzjährige Bespielung des Theaters Kornspeicher wird nun einen weiteren Höhepunkt in der Welser Kulturlandschaft darstellen. Ich bin auch sicher, dass mit der Bestellung von Peter Kowatsch die Wahl auf den Besten gefallen ist und wünsche ihm persönlich viel Erfolg für seine neue Aufgabe. Abschließend möchte ich mich bei allen

Mitarbeitern in den entsprechenden Abteilungen für die Ausarbeitung der nun vorliegenden Verträge bedanken.

GR. Wiesinger: Die ÖVP-Fraktion hat sich immer für die Verpachtung des Kornspeichers ausgesprochen, daher sagten wir schon vor gut einem Jahr ja zu Peter Kowatsch, weil er über die Landesgrenzen hinweg durch den Kultursommer und WAKS ein Bekannter und ein Berufener der Kulturszene und seit 10 Jahren ein fixer Bestandteil der Welser Kulturszene ist. Dadurch wurde er in den Welser- und den Oö.-Kulturbeirat berufen. Erwähnen möchte ich noch, dass der WAKS mit sehr bescheidenen Subventionsmitteln der öffentlichen Hand auskommt.

„Ja, das ist eine tolle Sache, die wir unterstützen“ sind Worte von StR. Peter Lehner im Mai 2018 in den OÖNachrichten. Ich erwähne das, weil wir seit einem Jahr über das Thema Verpachtung Kornspeicher diskutieren und Peter Kowatsch mit dieser Verpachtung ein persönliches Risiko eingeht. Ich möchte ihm meinen Dank dafür aussprechen, dass er seit einem Jahr an seiner Entscheidung für den Kornspeicher festhält und mich für die langen Entscheidungswege entschuldigen. Warum entschuldige ich mich? Im Oktober ist noch ein weiterer Interessent ins Rennen gestiegen, aber im Jänner haben die OÖNachrichten geschrieben: „Kornspeicher in der Obhut von Peter Kowatsch“. Heute schreiben wir den 3. Juni 2019.

Es war schon im Oktober ziemlich klar um was es geht und deshalb möchte ich darauf hinweisen - und mich noch einmal bei Peter Kowatsch entschuldigen -, dass von einer Stadt wie Wels erwartet werden kann diese Entscheidungen schneller zu treffen. Bei allem Verständnis für die Komplexität der Materie. Ich möchte hier keine Pauschalbeschuldigungen aussprechen sondern mich ausdrücklich bei den involvierten Beamten bedanken. Es ist teilweise nicht nur intern zu Verzögerungen gekommen, sondern auch aufgrund eines neuen Interessenten.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass der Kornspeicher in eine qualitätsvolle Zukunft geführt wird. Wir fassen heute als Stadt Wels einen Beschluss und betreten kulturpolitisches Neuland, weil wir damit eine Kulturstätte der Stadt Wels „privatisieren“ und damit einen Startschuss für eine erfolgreiche Geschichte des Kornspeichers geben.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte eine Klarstellung zu der letzten Wortmeldung von GR. Markus Wiesinger machen, weil ich meine, dass nicht alle Gemeinderäte eingebunden wurden. Tatsache ist, es gab mehrere Wochen lang stundenlange Verhandlungen mit dem Anwalt von Herrn Kowatsch. Dabei wurden Vertragsdetails sehr detailliert ausgehandelt, weshalb eine schnellere Abwicklung nicht nur von Seiten der Stadt Wels sondern auch von Seiten Peter Kowatsch gar nicht möglich war. Während dieser Zeit war er immer eingebunden. Es handelt sich dabei um ein sehr umfangreiches, komplexes Vertragswerk mit mehreren Verträgen. Es mussten alle Verträge im Detail von seinem Anwalt und von unserer Rechtsabteilung durchgegangen werden. Bei den Vertragsverhandlungen mussten gleichzeitig die konkreten Auswirkungen ausgerechnet werden. Wir haben in dieser Zeitspanne sehr viel weitergebracht und daher besteht kein Anlass zur Entschuldigung bei Peter Kowatsch, weil er in diesem Zusammenhang eng eingebunden war.

GR. Wiesinger: Ich möchte klarstellen, dass ich niemanden beschuldigen möchte. Das ist nur der Eindruck, der bei vielen Mitbürgern entsteht, weil im Mai 2018 schon die Privatisierung des Kornspeichers verkündet wurde und im Juni 2018 war in den OÖNachrichten „grünes Licht für die Privatisierung des Kornspeichers“ zu lesen. Zitat Johann Reindl-Schwaighofer: „Was jetzt noch folgt ist nach meinem Wissensstand eine reine Formalität“. Jetzt ein Jahr später beschließen wir es - rein diesen Vorgang habe ich beschrieben.

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Vertragsverhandlungen wurden zuletzt von Seiten des Bürgermeisters, von Mag. Sturmaier und von Mag. Peter Schäfer geführt. Von ihm wurden auch die Verträge ausgearbeitet. Ich möchte mich bei allen herzlich bedanken. Im Detail war es sicher oft sehr schwierig eine Vereinbarung zu erzielen. Ich möchte an die einberufene Kulturausschusssitzung ohne Unterlagen erinnern, weil immer Details fehlten. Hier war anscheinend alles zu zuversichtlich im Sinn des Zeitplanes.

Wir beschließen das heute, können es auf den Weg bringen, aber die verschüttete Milch bekommen wir nicht mehr in die Flasche, weil es darum geht, dass jetzt Peter Kowatsch ein Programm erstellen kann und wir Klarheit haben. Deshalb möchte ich mich bei den genannten Personen bedanken. Es war sicher nicht so leicht, denn wenn lauter Juristen mit dem Bürgermeister als Anwalt beieinandersitzen, dann ist es nicht so leicht die Sache auf den Punkt und zum Beschluss zu bringen. „Drei Juristen und fünf Meinungen“, so hätte ich das abgehakt, sehe aber immer noch keinen Beinbruch. Peter Kowatsch wird das programmieren können und ich wünsche ihm dafür viel Kraft, die er brauchen wird und viel Kreativität, die er hat. Dadurch werden viele Besucher kommen – das wünsche ich ihm!

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 114/2.9 (Stadtteil Innenstadt)
BauR-269-06-6-2018

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 04.03.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 114/2.9 (Stadtteil Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 323/C.1 (Stadtteil Vogelweide)
BauR-269-06-9-2018

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.05.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 323/C.1 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 411/2.7 (Stadtteil Neustadt)
BauR-269-06-13-2018

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 20.05.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 411/2.7 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke dem Referenten. Gegen das Protokoll vom 18.03.2019 wurden keine Einwendungen erhoben, es gilt daher als genehmigt. Nachdem keine weiteren Tagesordnungspunkte vorhanden sind, ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 16.09.2019 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.